



Zeitung

der Sozialen Liste Bochum

Steuern, Gebühren, Mieten, Preise....

Nach den Wahlen heißt es zahlen

Nachdem bereits im Sommer die Mineralölkonzerne drastische Preiserhöhungen vorgenommen haben, kündigen nun auch der Verkehrsverbund Rhein- Ruhr und die Bundesbahn Preiserhöhungen an. Auch die Energieversorger drehen an der Preisschraube. Drastische Erhöhungen drohen auch bei den Mietnebenkosten. Die von der CDU geplante, aber auch von der SPD erwogene Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Zeit nach der Bundestagswahl wird zu einer weiteren Erhöhung aller Verbraucherpreise und Dienstleistungen um bis zu 4 % führen.

Ein unvollständiger Querschnitt der Preiserhöhungen: Eon plant 10 % beim Gas, der VRR hat 3,4 % und die Bundesbahn rund 3 % höhere Preise beschlossen. Der Benzinpreis ist inzwischen bei fast 1,40 Euro (Super) angekommen. Die Ruhrkohle will die Kaltmieten für 67.000 Wohnungen „anheben“. Durchweg allen Bewohnern von Mietwohnungen drohen in den nächsten Wochen erhebliche Nachzahlungsforderungen. Die Nebenkostenabrechnungen drohen wegen der hohen Energie-, Wasser-, und Dienstleistungspreise sowie der Erhöhungen der kommunalen Gebühren zu explodieren. Nachforderungen von mehreren hundert Euro werden die Regel sein. Demgegenüber stehen die sinkenden Einnahmen der Haushalte durch den Reallohnverlust, die fallenden Renten und die nicht angepassten Leistungen wie Kindergeld oder ALG II.

Und: Ein Ende dieser Umverteilung von Geldern von unten nach oben - in die Taschen der Konzerne - ist nicht in Sicht.

Günter Gleising

Milliarden für Unternehmer, Manager und Aktionäre

Dividenden in Höhe von 14,7 Milliarden Euro zahlen die 30 größten Aktiengesellschaften der Bundesrepublik für das Geschäftsjahr 2004 aus. Noch höhere Gewinne sind für dieses Jahr zu erwarten. Der Aktienhandel hat einen Stand von rund 4800 Punkten (DAX) erreicht. Zu den Hauptprofiteuren gehören Daimler-Chrysler, Deutsche Bank, Henkel, Volkswagen und Siemens. Spitzenreiter ist der Energieriese Eon, der kürzlich seinen Wohnungsbestand verkaufte.



In den letzten Wochen haben sich in Bochum Übergriffe von Neonazis verstärkt. So gab es verstärkt Heil-Hitler-Gegröle, Aktivitäten der NPD und in Riemke wurde versucht, eine Straße in Rudolf-Hess-Straße umzubenennen. Nach wenigen Stunden zog das Tiefbauamt das Schild ein. Den Neonazis treten verstärkt Demokraten und Antifaschisten entgegen, wie mit der Demonstration im Mai in Watten-scheid (Foto).

Müll aus ganz Europa demnächst in Bochum?

Müllzentrum in Gerthe geplant!

In Bochum-Werne gibt es jahrelange Konflikte von Anwohnern mit dem dort ansässigen Müll-Entsorgungsbetrieb Weber. Der Müllbetrieb verarbeitet auf dem ehemaligen Gelände des Bundesbahn-Ausbesserungswerkes Müll, der aus verschiedenen Landesteilen und dem benachbarten Ausland, vor allem Holland, stammt.

In einem neuen Bebauungsplan soll dem Müllbetrieb nun ein aktiver Bestandsschutz zubilligt werden. Das heißt, „Erweiterungen und Erneuerungen“ des Betriebes sind möglich. Zwar wird dafür der Vorbehalt eines Verbesserungsgebots gemacht. Aber das ist auch Auslegungssache bzw eine Frage von Gutachten.

Nun soll offensichtlich eine Betriebsverlagerung erfolgen und zwar nach Gerthe. In der Bezirksvertretung Bochum-Nord stimmten Soziale Liste, Grüne, FDP und SPD dagegen. Im Rat war es nur noch die Soziale Liste, die anderen Parteien waren umgefallen. An Infoständen und mit Unterschriftenlisten fordert die Soziale Liste eine Bürgerversammlung, um den Menschen in Bergen, Hiltrop, Gerthe, Rosenberg und Harpen „reinen Wein einzuschenken“ und über die Planungen zum Müll-Zentrum in Gerthe zu informieren.

Müll ist ein großes Geschäft und derzeit läuft ein großer „Machtkampf um den fetten Abfall-Kuchen“, wie es kürzlich eine Ruhrgebietszeitung drastisch beschrieb.

Vor diesem Hintergrund fragt die Soziale Liste: Soll der Müll aus ganz Europa demnächst sowohl in Werne als auch in Gerthe entsorgt werden?

Petra Forbrig/Jürgen Bargmann

Stadt muss zahlen:

RuhrCongress macht 2,5 Mill Euro Verlust

Erneut hat der Rat der Stadt Bochum ein großes Defizit der stadteigenen Entwicklungsgesellschaft Ruhr (EGR) abgesegnet. Im Kern sind die Verluste und der "garantierte Mindestgewinn" für den RuhrCongress für das Defizit verantwortlich

2, 5 Millionen Euro muss die Stadt Bochum allein in diesem Jahr aufbringen. Fein ist der Investor raus, der bekommt seinen "garantierten Mindestgewinn" wieder aus der Stadtkasse überwiesen. „Der RuhrCongress ist überflüssig wie ein Kropf. Mit der Jahrhunderthalle verfügt Bochum über eine hervorragende Konzert- und Veranstaltungshalle. Wir fordern einen geordneten Ausstieg aus diesem Millionengrab und werden demnächst einen Antrag hierzu einbringen“ begründete Ratsmitglied Günter Gleising die Ablehnung des Wirtschaftsplanes der EGR durch die Soziale Liste.

Soziale Liste: Wählen gehen!

Keine Neoliberalen!

Keine Rechten!

Als kommunales Wahlbündnis kandidiert die Soziale Liste Bochum nicht zur Bundestagswahl. Aber sie empfiehlt, wählen zu gehen:

- Damit die radikalen neoliberalen Befürworter von Hartz IV und der Agenda 2010 nicht die Mehrheit bekommen.
- Damit die Rechtsradikalen von NPD, Büso und Republikaner nicht in den Bundestag einziehen und auch keine Wahlkampfkostenerstattung bekommen.

Opel Bochum-

Weitere 600 Arbeitsplätze auf der Kippe

„Um Kosten zu sparen“, will der Autokonzern weitere 600 Stellen ausgliedern oder streichen.

100 Beschäftigte des Werkschutzes und der Instandhaltung in Langendreer sollen ihre Jobs verlieren. 500 Beschäftigte im Werk III (Ersatzteile) sollen ausgegliedert werden.

Die Pläne sehen vor, dass Opel sein komplettes Ersatzteilgeschäft zusammen mit dem US- Konzern Caterpillar in ein eigenes Unternehmen einbringt und das Werk III in Langendreer längerfristig womöglich geschlossen wird. Der Dienst an den Werkstoren soll von einem privaten Wachdienst übernommen werden.

Der Betriebsrat will nun gerichtlich die Einhaltung des sogenannten Zukunftsvertrages erkämpfen. Im November soll der Prozess vor dem Bochumer Arbeitsgericht stattfinden.

NOKIA in Riemke:

Schikanöse Torkontrollen

Was Opel anstrebt, wird bei NOKIA in Riemke bereits praktiziert. Hier führt der Wachdienst der Fa. Kötter die Eingangs- und Ausgangskontrollen an den Toren durch. Dabei gibt es massive Probleme, weil alle sogenannten Leiharbeiter durch eine Kontrolle mit einem Metalldetektor überprüft werden. Nokia-Beschäftigte werden durch einen Zufallsgenerator ausgewählt und ebenfalls überprüft. Bei dieser Prozedur kommt es immer wieder zu „Vorfällen“ und Problemen, weil sich längere Warteschlangen bilden. Bei Wind und Wetter sind Beschäftigte, meist Anreisende mit der Bahn, längeren Wartezeiten ausgesetzt. Die Umgangsweise des Kötter-Personals und das des Öfteren geforderte Ausleeren von Taschen vor den wartenden Kollegen wird von vielen als unwürdig empfunden. Das Motto zum diesjährigen 1. Mai lautete: „Du hast Würde - zeig sie!“ Die Umsetzung dieser Losung wäre bei Nokia sicher angebracht. IG Metall und Betriebsrat sollten umgehend tätig werden.

3 Jahre Hartz-Konzept

Kontrollen statt Vermittlung

Kürzlich ist der Sozialen Liste Bochum bekannt geworden, dass derzeit auch Bochumer Bezieher von ALG II von Callcentern in Thüringen, die angeben, im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit zu handeln, zu einem telefonischen Datenabgleich aufgefordert werden. Es sollen Fragen, „ob man schon in Arbeit sei“ oder nach der „Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt“, beantwortet werden. Erst bei Nachfragen wird auf die „Freiwilligkeit“ der Teilnahme an der Aktion hingewiesen. Offen ist derzeit, ob der ARGE vertrauliche Angaben verloren gegangen sind oder ob es sich um die von Minister Clement angekündigten Überwachungsmaßnahmen in der Urlaubszeit handelt. Diese Schikanen sollen offensichtlich auch über den Misserfolg der Hartz-Gesetze hinwegtäuschen, die vor drei Jahren mit einem gewaltigen Medienrummel und der Ankündigung der „Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 2005“ verkündet wurden.

U.A./G.

II. Kongress von linken und sozialen Wahlbündnissen

Diskussion über alternative Kommunalpolitik im Ruhrgebiet

Zu ihrem II. Kongress kamen am 11. Juni alternative, linke und soziale Wahlbündnisse aus dem Ruhrgebiet in Bochum zusammen. Eingeladen zu dem Treffen im Gemeindezentrum der Christuskirche hatte die Soziale Liste Bochum.

Nach der Selbstvorstellung der einzelnen Listen und Gruppen wurde über „Erfahrungen aus Stadträten und Bezirksvertretungen“, über „kommunale Initiativen, Bürgerbegehren“ sowie über „gemeinsame und parallele Aktionen und antifaschistische Arbeit“ diskutiert.

In Resolutionen wird die geplante Einführung von Studiengebühren verurteilt und zu Protestaktionen aufgerufen, gegen die Bundeswehrshow aus Anlass des 50. Gründungsjahrestages protestiert und die Schaffung eines Sozialtickets im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr gefordert. Als künftige Arbeits-

schwerpunkte sollen eine gemeinsame Bilanz zum Komplex Hartz IV/1 Euro-Jobs vorbereitet, das „neue kommunale Finanzmanagement“ und über künftige kommunale Haushalte diskutiert werden.

An dem Kongress haben Vertreter aus Bottrop, Dortmund, Essen, Witten und Bochum teilgenommen. Im Oktober soll ein weiterer Kongress stattfinden. Weiterhin ist geplant, sich durch Vernetzung auch regional und landesweit bemerkbar zu machen, aber sich weiterhin auf kommunalpolitische Tätigkeit zu konzentrieren.

Giftige Schwermetalle in Stahlhausen

Schulkinder sollen untersucht werden

Mit einer schriftlichen Anfrage hat sich die Soziale Liste im Rat an die Verwaltung gewandt, um über die Belastung durch Schwermetalle in Stahlhausen informiert zu werden.

Die Stellungnahmen von Vertretern der Firma ThyssenKrupp Nirosta im Juni im Rathaus stehen teilweise im Gegensatz zu den Aussagen des Gutachtens von Prof. Dr. Ulrich Ewers vom Institut für Umwelthygiene und Umweltmedizin vom März 2005. Während sich die Beauftragten von TKS durch ihre Aussagen in allen Punkten weitgehend entlastet sehen, schreibt Prof. Dr. Ewers in seinem Gutachten, dass „davon auszugehen ist“, dass die Messergebnisse in der Station Grundschule An der Maarbrücke 75 „stark durch Feinstaubimmissionen aus dem Bereich des ThyssenKrupp-Edelstahlwerkes überlagert wird. Dabei geht es um Schwermetalle wie Chrom und Nickel. Sowohl 2003 als auch 2004 wurde hier die zulässige Anzahl von 35 Überschreitungstagen des Tagesmittelwertes 50 µg/m³ in Stahlhausen überschritten. 2003 wurde dieser Grenzwert an 42 Tagen und 2004 an 45 Tagen überschritten. Die zuständigen Landes- und städtischen Behörden gehen von

der Annahme aus, dass 5000 Personen in Stahlhausen betroffen und möglicherweise gesundheitlichen Beeinträchtigungen ausgesetzt sind.

Klarheit in die unterschiedlichen Aussagen und den tatsächlichen Gefährdungsgrad könnte die „erweiterte Gesundheitsuntersuchung der Einschulkinder“ im September in Stahlhausen bringen. Neben Haut- und Allergietests sollen auch die Konzentration von Substanzen wie Nickel und Chrom im Urin bestimmt werden. Für diese Schwermetalle hatte die Messstation „An der Maarbrücke“ eine erhöhte Luftkonzentration ermittelt. Alle 320 jetzt eingeschulten Kinder aus Stahlhausen werden im September an einer „umweltmedizinischen Untersuchung“ der Stadt Bochum teilnehmen. Der Sozialen Liste Bochum wurde mitgeteilt, dass die Öffentlichkeit unverzüglich über die Ergebnisse informiert wird.

Günter Gleising

Soziale Liste zum Nothaushaltsrecht

Die Nichtgenehmigung des Bochumer Haushalts-sicherungskonzeptes durch die Bezirksregierung Arnsberg ist ein schwerer Schlag für die Stadt und wird weitere Belastungen mit sich bringen.

Damit ist das Bemühen der SPD/Grünen-Rathauskoalition gescheitert, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu schaffen. Unter den Bedingungen des Neoliberalismus, der groß angelegten Umverteilung der Gelder von unten nach oben und der Armut der Kassen, vor allem in den Kommunen, wird es immer schwerer, einen ordentlichen Haushalt aufzustellen.

Aber die derzeitige Misere der Stadt Bochum resultiert auch aus hausgemachten Problemen. Hierbei sind vor allem die Prestigeobjekte wie RuhrCongress, Bahnhofsvorplatz und Konzerthaus zu nennen, aber auch die Ausrichtung der Stadtpolitik, vor allem der Wirtschaftsförderung, auf die Bedürfnisse von imaginären Investoren („die besten Köpfe“).

Die Soziale Liste Bochum warnt davor, die finanzielle Krise auf dem Rücken der Armen, Menschen mit geringen Einkommen und der Arbeiter und Angestellten abzuwälzen sowie eine neue Runde von drastischen Gebührenerhöhungen einzuleiten.

Letzte Ratssitzung

CDU: Klassenkampf im Rathaus?

Die Parole Klassenkampf geisterte während der letzten Sitzung vor den Sommerferien durch den altherwürdigen Ratsaal. Ein CDU-Vertreter befand es als ungeheuerlich, dass die Fraktionen von SPD und PDS einen gemeinsamen Antrag eingebracht hatten. Von der PDS als einer DDR-Partei war da die Rede wie von „DKP-Kommunisten“, die sich ins Rathaus eingeschlichen hätten. Kommentar von der Tribüne: Der steht ja noch in den Schützengräben des kalten Krieges.

Jubiläum: Ein Jahr Montagsdemo



Am 15. August fand die 52. Bochumer Montagsdemo statt. Damit wird seit einem Jahr Protest gegen Hartz IV und die Agenda 2010 auf die Bochumer Straßen getragen. Die Soziale Liste Bochum unterstützt auch weiterhin die Montagsdemo. Treffpunkt ist jeweils montags um 18 Uhr auf dem Husemannplatz.

Sozialticket zwischen Beerdigung und „Langer Bank“

Was in Berlin möglich ist, scheint im Ruhrgebiet unmöglich zu sein. Nach der Diskussion und der Beschlussfassung zum Sozialticket in der Ratssitzung vom 30.6. hat die Soziale Liste Bochum wenig Hoffnung auf dessen Realisierung.

Der Antrag der Sozialen Liste Bochum, ein gestaffeltes Sozialticket zum Preis von 5, 15, 25 Euro je nach Geltungsbereich zu schaffen, wurde zugunsten einer unverbindlichen Absichtserklärung an den VRR abgelehnt. Günter Gleising, Gruppensprecher der Sozialen Liste im Rat erklärte zu dem Ergebnis, „damit wird das Sozialticket auf die lange Bank geschoben oder möglicherweise ganz beerdigt“.

Die Soziale Liste Bochum will sich mit anderen politischen Kräften und betroffenen Bürgern weiter für ein echtes Sozialticket einsetzen.

Trauer um Lilo Rauner

Die Schriftstellerin und Kämpferin gegen Faschismus, für Frieden und demokratischen Fortschritt Lilo Rauner aus Wattenscheid ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Rauner, seit 1948 in Wattenscheid ansässig, verstand sich als „Arbeiterdichterin“, die sich mit den Kämpfen der Kumpels solidarisierte. Sie half mit, dem Werkkreis Literatur der Arbeitswelt Beachtung und Geltung zu verschaffen. 1998 initiierte sie die von der Stadt Bochum getragene Rauner-Stiftung zur Förderung des literarischen Nachwuchses. Lilo Rauner kämpfte mit der außerparlamentarischen Opposition gegen das Establishment, den Vietnamkrieg, setzte sich bei Ostermärschen für den Frieden ein und war Gründerin des Chile-Komitees. Besonders wichtige Beiträge der „Künstlerin in Bewegung“ sind ihr Einsatz zur Wiederentdeckung der Arbeiterkultur und -literatur (gemeinsam mit Max von der Grün u. a.) und die Neubelebung klassischer Formen wie der Spruch- und Sonettichtung: „Was göltig ist, muss nicht endgültig sein“ (L. R.).

Zur Erinnerung an die bekannteste Lyrikerin der Ruhrgebietes veröffentlichen wir eines Ihrer bekanntesten Gedichte:

Mea Culpa

Ich bekenne mich schuldig
der Erregung öffentlichen Ärgernisses
durch freie Meinungsäußerung

ich bekenne mich schuldig
der Konspiration mit meinem Gewissen

ich bekenne mich schuldig
des Verstoßes gegen die öffentliche Unordnung

ich bekenne mich schuldig
der Begünstigung des Fortschritts

ich bekenne mich schuldig
der Verführung Abhängiger zum Denken

ich bekenne mich schuldig
des Attentats auf die Gleichgültigkeit

ich bekenne mich schuldig
der Beihilfe zum Mord an geheiligten Tabus

ich bekenne mich schuldig
des Aufruhrs gegen die Ungerechtigkeit

ich bekenne mich schuldig
der Anstiftung zum Frieden

ich bekenne mich schuldig
des Fluchtversuchs aus dem Mittelalter

Liselotte Rauner

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Konsequenter und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen.

Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld, um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 4008916900

Ich möchte...

- Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
- Kontakt.

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Tel.: _____

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an unten stehende Adresse schicken.

Impressum:

Jürgen Bargmann
(V.i.S.d.P.), Gertrudisplatz 4,
44866 Bochum.

Druck: Gilbert, Bochum
Internet: www.soziale-liste-bochum.de
E-Mail: info@soziale-liste-bochum.de
E-Mail: SOZIALELISTEimRat@bochum.de
Telefon: 0234/9101047